

Ein sinkender Wehretat und seine Folgen

Auch wenn der Verteidigungshaushalt nach den Plänen des Bundesfinanzministers im kommenden Jahr um fast 2 Mrd. € ansteigt, so sieht die Planung in den Folgejahren vor, dass dieser sich wieder absenken soll und zwar nicht nur im Verhältnis, sondern auch in den absoluten Zahlen. Wird der Verteidigungshaushalt 2020 45,1 Mrd. € betragen, so sinkt er bis 2023 wieder auf 44,29 Mrd. € ab. Der Anteil der Verteidigungsausgaben am deutschen Bruttoinlandsprodukt wird damit wieder zurückgehen auf das Niveau von 2018. Derzeit liegt er bei 1,31 %, 2023 dann wieder bei gerade mal 1,25 %. Vor dem Hintergrund eines parallel dazu steigenden Bundeshaushaltes und der massiven Forderung der Verteidigungsministerin nach mehr Budget für die adäquate Ausstattung der Streitkräfte, ist das allerdings ein verheerendes Signal.

Den Worten müssen Taten folgen

Deutschland ist ein vehementer Verfechter des Multilateralismus. Multilateralismus beinhaltet gemeinsames, kooperatives Handeln. Aber wie es so schön heißt: Den Worten müssen auch Taten folgen. Fortwährend den Multilateralismus zu betonen und ihn als Fundament der deutschen Außenpolitik zu bezeichnen und dann Verpflichtungen gegenüber multilateralen Institutionen wie dem NATO-Bündnis nicht einzuhalten, ist demnach wenig konsistent.

Dabei hatte Angela Merkel auf dem NATO-Gipfel im vergangenen Sommer zugesichert, dass Deutschland bis 2024 seine Ausgaben für Verteidigung dahingehend steigern wird, dass wir mindestens den Anteil von 1,5 % des BIP erreichen. Selbst das wurde von der NATO als unzureichend bewertet; dennoch war es aber immerhin ein Signal, welches vermittelte: Deutschland hat seine Verantwortung erkannt und ist bereit, seine Investitionen schrittweise zu steigern.

Schwerwiegender als die Tatsache, dass wir erneut unseren Verpflichtungen innerhalb der NATO nicht nachkommen, wiegt allerdings der Fakt, dass Deutschland seine Glaubwürdigkeit aufs Spiel setzt. Erneut halten wir uns nicht an zugesicherte Verpflichtungen. Wenn Deutschland seine Zusagen wiederholt nicht erfüllt, ist es dann letztendlich nicht verwunderlich, wenn unsere Partner uns nicht mehr ernst nehmen wollen.

Die USA tragen 70 % des NATO Budgets, während Europa nur 30 % schultert. Es ist nachvollziehbar, dass die USA nicht länger bereit sind dieses Ungleichgewicht dauerhaft hinzunehmen, während Europa es als selbstverständlich erachtet, dass die USA als Rückversicherung für ihre Sicherheit fungieren.

Mit den Planungen, den Verteidigungshaushalt relativ sinken zu lassen, hat die Bundesregierung sich auch entschieden, ihre Stimme in dem transatlantischen Bündnis zu schwächen. Als stärkste Wirtschaftsmacht Europas wird das auch der von politischer Seite immer wieder angemahnten internationalen Verantwortung Deutschlands nicht gerecht.

Ausstattungsmängel bei der Bundeswehr

Wenden wir den Blick von der internationalen Ebene zurück auf die nationalen Konsequenzen, so sind diese nicht weniger bedeutend. In den vergangenen Monaten haben hohe Militärs, sowie Beamte aus dem Verteidigungsministerium immer wieder darauf hingewiesen, dass selbst die genannten 1,5 % des BIP angesichts des desolaten Zustands der Bundeswehr-Ausrüstung, nicht ausgereicht hätten.

Dies bestätigte auch der Wehrbeauftragte des Bundestags, Hans-Peter Bartels, in seinem Ende Januar 2019 vorgestellten Jahresbericht: „Von einer materiellen Vollausrüstung ist die Truppe weit entfernt. In allen Bereichen mangelt es an Material.“ Unsere Soldatinnen und Soldaten bekommen das tagtäglich zu spüren, wenn sie sich beispielsweise auf vom Bundestag mandatierte Auslandseinsätze vorbereiten wollen, das Material aber nicht verfügbar ist. Auch Oberstleutnant André Wüstner, Vorsitzender des Deutschen Bundeswehrverbandes, bestätigt: "Die Bundeswehr ist, gemessen am Auftrag, nach wie vor im schlechtesten Zustand seit 1990."

Bleibt es bei den bekannt gewordenen Planungen, müssen Rüstungsprojekte verschoben oder gestrichen werden. Projekte, die aufgelegt worden sind, weil sie dringend notwendig sind, um dem verfassungsmäßigen Auftrag - nämlich die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten - sicherstellen zu können.

Für die Aufstellung der NATO Speerspitze (Very High Readiness Joint Task Force) wird dringend Material benötigt, um bis 2023 eine voll ausgestattete Brigade aufstellen zu können. Auf der Bedarfsliste finden sich beispielsweise Panzer, Lkws oder Munition. Im Haushalt sind die nötigen finanziellen Mittel hierfür nicht eingeplant, somit wäre das eine weitere internationale Verpflichtung, der Deutschland im Rahmen der NATO nicht gerecht werden kann. (von Manja Domack)